

Reem Ahmed*

Brexit: die Enttabuisierung des rechtspopulistischen Diskurses

Einführung

Am Donnerstag, dem 23. Juni 2016, fand ein Referendum statt, mit dem über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union (EU) entschieden werden sollte. Von den mehr als 30 Millionen Menschen, die an der Abstimmung teilnahmen, sprachen sich 51,9 Prozent für den Austritt („*Leave*“) und 48,1 Prozent für den Verbleib („*Remain*“) aus.¹ Dem Referendum war ein ausgesprochen harter Wahlkampf vorausgegangen, bei dem sich zeigte, dass das Land tief gespalten war. Experten gehen noch immer den Gründen nach, warum Großbritannien sich dafür entschieden hat, die EU zu verlassen, und versuchen gleichzeitig herauszufinden, welche Folgen der britische Austritt aus der EU – der „Brexit“ – tatsächlich haben wird. In einer Zeit, in der wir den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und eine zunehmende Ablehnung des Establishments in Europa und in den Vereinigten Staaten erleben, soll dieser Beitrag aufzeigen, wie die damit verbundene Rhetorik im Zuge der Brexit-Kampagne Eingang in den politischen Mainstream-Diskurs finden konnte und welche negativen Konsequenzen dies hat.

Euroskeptizismus: ein sehrritisches Problem

Das Versprechen, ein Referendum über den Verbleib in oder den Austritt aus der EU abzuhalten, wurde im Wahlprogramm der *Conservative Party* von 2015 festgeschrieben.² Dahinter steckte der Gedanke, dass David Cameron, falls die *Conservative Party* bei den Unterhauswahlen im Mai 2015 die Mehrheit gewinnen sollte, versuchen würde, die Position Großbritanniens innerhalb der EU neu zu verhandeln, und anschließend die britischen Wähler fragen würde, ob das Land auf der Grundlage der von ihm ausgehandelten Reformen Mitglied der EU bleiben sollte.³ Das Wahlversprechen und der Erfolg der Konservativen bei der Wahl im Jahr 2015 sind somit zwar die unmittelbaren Gründe für das im Juni 2016 abgehaltene Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft, die Anfänge der Kampagne hierfür reichen je-

* Der Beitrag berücksichtigt die Entwicklungen bis Dezember 2016.

1 Vgl. Alex Hunt/Brian Wheeler, Brexit: All you need to know about the UK leaving the EU, BBC News, 10. November 2016, unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-32810887>.

2 Vgl. The Conservative Party, The Conservative Party Manifesto 2015, S. 72-73, unter: <https://s3-eu-west-1.amazonaws.com/manifesto2015/ConservativeManifesto2015.pdf>.

3 Vgl. ebenda.

doch bereits ein Vierteljahrhundert zurück.⁴ Die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens ist seit dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1973 quer durch das gesamte politische Spektrum ein umstrittenes Thema. Als zögerlicher Nachzügler im Club betrachtete Großbritannien seine Beziehungen zur EU eher unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt als unter dem Gesichtspunkt ideologischer Gemeinsamkeiten.⁵ 1975 war es die *Labour Party* unter Harold Wilson, die der Bevölkerung die Frage nach der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG stellte.⁶ Anders als 2016 stimmten die Briten jedoch mit 67 Prozent für den Verbleib in der EWG.⁷ Obwohl ursprünglich die *Labour Party* euroskeptischer war⁸ und einige *Labour*-Abgeordnete dies auch heute noch sind,⁹ hat dieses Thema eher die Konservativen umgetrieben und gespalten, seit Margaret Thatcher von der Macht verdrängt wurde. *The Economist* sieht einen entscheidenden Wendepunkt für die *Conservative Party* im Jahr 1988, als der damalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors ankündigte, den europäischen Binnenmarkt durch strengere arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften stärken zu wollen.¹⁰ Für manch einen ging dieser Schritt zu weit. Margaret Thatcher erklärte in ihrer Rede in Brügge 1988 hierzu: „Der Versuch, die nationale Souveränität abzuschaffen und die Macht im Zentrum eines europäischen Konglomerats zu konzentrieren, wäre außerordentlich schädlich und würde die Ziele in Gefahr bringen, die wir zu erreichen suchen.“¹¹ Diese Rede inspirierte nicht nur eine ganze Generation von Euroskeptikern in der *Conservative Party*, sondern heizte auch die rechte britische Presse an, die ihre Publikationen seither dazu nutzt, Kritik an der EU zu verbreiten.¹² Fortan war die Rede von den unsichtbaren, nichtgewählten Bürokraten in Brüssel, die versuchten,

4 Vgl. Andrew S. Crines, The rhetoric of the EU Referendum campaign, in: Daniel Jackson/Einar Thorsen/Dominic Wring (Hrsg.), *EU Referendum Analysis 2016: Media, Voters and the Campaign: Early reflections from leading UK academics*, Poole, Juni 2016, S. 61.

5 Vgl. The roots of Euroscepticism, in: *The Economist*, 12. März 2016, unter: <http://www.economist.com/news/britain/21694557-why-britons-are-warier-other-europeans-eu-roots-euroscepticism>.

6 Vgl. ebenda.

7 Vgl. Matthew d’Ancona, Brexit: how a fringe idea took hold of the Tory party, in: *The Guardian*, 15. Juni 2016, unter: <https://www.theguardian.com/politics/2016/jun/15/brexit-how-a-fringe-idea-took-hold-tory-party>.

8 Der Austritt aus der EWG war 1983 eines der Wahlversprechen der *Labour Party*; vgl. *The Labour Party, The New Hope for Britain: Labour’s Manifesto 1983*. Der vollständige Text findet sich unter: <http://www.politicsresources.net/area/uk/man/lab83.htm>.

9 Zehn *Labour*-Abgeordnete erklärten ihre Unterstützung für die „*Leave*“-Kampagne; vgl. EU vote: Where the cabinet and other MPs stand, *BBC News*, 22. Juni 2016, unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-35616946>.

10 Vgl. *The Economist*, a.a.O. (Anm. 5).

11 Rede der britischen Premierministerin, Margaret Thatcher, vor dem Europakolleg in Brügge (Belgien) am 20. September 1988, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89*, Bonn 1989, S. 411-418, hier: S. 413. Das englische Original findet sich unter: <http://www.margaretthatcher.org/document/107332>.

12 Vgl. Dominic Wring, From Super-Market to Orwellian Super-State: the origins and growth of newspaper scepticism, in: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), S. 12-13.

souveränen Staaten eine stärkere wirtschaftliche und politische Union aufzuzwingen.

Die Uneinigkeit in dieser Frage hielt während John Majors Amtszeit als Premierminister und auch in den Jahren 1997 bis 2010, als die Konservativen sich in der Opposition befanden, an. Als David Cameron 2005 die Parteiführung übernahm, fiel ihm die Rolle des Modernisierers zu. Er vertrat die Ansicht, dass seine Parteifreunde aufhören sollten, auf Europa „herumzuhacken“, wenn sie nach drei erfolglosen Wahlen wieder an die Macht kommen wollten.¹³ Cameron unterschätzte dies jedoch. So sah er sich nicht nur einer starken Opposition in den Reihen der eigenen Abgeordneten gegenüber; auch der Aufstieg der *United Kingdom Independence Party* (UKIP) und ihres Vorsitzenden Nigel Farage bereitete ihm erhebliche Probleme. In den letzten zehn Jahren ist es Farage gelungen, seine Partei von einer Randbewegung mit einem einzigen Thema zu einer Bewegung zu machen, die erheblichen Einfluss auf den Kurs der britischen Politik hat.¹⁴

Der Aufstieg der UKIP und der Rechtspopulisten

James Dennison und Matthew Goodwin führen den Erfolg der UKIP darauf zurück, dass sie das Thema Einwanderung, das in der Vergangenheit eine Stärke der Konservativen gewesen war, exklusiv besetzte.¹⁵ Einwanderung war in der britischen Politik zu einem immer wichtigeren Thema geworden. Umfragen haben gezeigt, dass Ängste hinsichtlich einer verstärkten Einwanderung in den letzten Jahren die Sorgen über die wirtschaftliche Lage übertroffen haben.¹⁶ Vor diesem Hintergrund ist es der UKIP gelungen, diese Ängste auszunutzen und Probleme im Zusammenhang mit unkontrollierter Einwanderung zu einem festen Bestandteil ihres breiteren euroskeptischen und gegen das Establishment gerichteten Narrativs zu machen.¹⁷ Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2013 schnitt die UKIP bereits gut ab,¹⁸ doch als ihr wahrer Erfolg erwiesen sich die Wahlen zum Europaparlament 2014, in denen die UKIP die meisten Stimmen erhielt und *Labour*, Konservative und

13 Zitiert nach: Cameron places focus on optimism, BBC News, 1. Oktober 2006, unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/5396358.stm (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

14 Vgl. James Dennison/Matthew Goodwin, Immigration, Issue Ownership and the Rise of UKIP, in: Parliamentary Affairs, Supplementary Issue, September 2015, S. 168-187.

15 Vgl. ebenda, S. 179.

16 Vgl. Ipsos MORI, Economist/Ipsos MORI Issues Index, Oktober 2016, S. 2, unter: <https://www.ipsos-mori.com/Assets/Docs/Polls/issues-index-october-2016-charts.pdf>.

17 Vgl. Dennison/Goodwin, a.a.O. (Anm. 14).

18 Vgl. Colin Rallings/Michael Thrasher, Local Elections in England and Wales May 2013, Plymouth, August 2013, unter: http://www.electoralcommission.org.uk/__data/assets/pdf_file/0017/163142/EandW-local-elections-data-report2-11-06.pdf.

Liberal Democrats hinter sich ließ.¹⁹ Dieser Wahlsieg war besonders bedeutend, da damit zum ersten Mal seit 100 Jahren eine andere Partei als *Labour* oder die Konservativen eine landesweite Wahl gewonnen hatte.²⁰ Der Schlüssel zum Erfolg der UKIP war, dass die Partei aus der Desillusionierung der Stammwähler der *Labour Party* in deren nordenglischen Hochburgen und aus der Spaltung der *Conservative Party* über Europa Kapital schlagen konnte und gleichzeitig von der vermeintlichen Inkompetenz beider Parteien bezüglich der Einwanderungsfrage profitierte. Die Gewinne der UKIP veranlassten die Konservativen, die Themen Einwanderung und EU in ihrem Wahlkampf für die Unterhauswahlen 2015 ernst zu nehmen.²¹ Obwohl das britische Mehrheitswahlrecht weitgehend verhindert, dass kleinere Parteien im Parlament vertreten sind, erhielt die UKIP in den Wahlen von 2015 mehr als vier Millionen Stimmen (12,6 Prozent). Die Partei errang zwar nur einen Sitz im Parlament, überholte aber die *Liberal Democrats* als drittstärkste Partei im Vereinigten Königreich.²²

Der Aufstieg der UKIP spiegelt die Situation in ganz Europa und in den USA wider, wo die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien und Persönlichkeiten stark zugenommen hat. Cas Mudde, ein ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet, definiert Populismus als „eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen trennt, ‚das reine Volk‘ und ‚die korrupte Elite‘, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck des ‚allgemeinen Willens‘ des Volkes sein sollte“.²³ Mudde argumentiert, dass die jüngsten Ereignisse, die Ängste in der Bevölkerung geschürt haben, wie z.B. die Flüchtlingssituation, die Terroranschläge in Europa in den Jahren 2015 und 2016 sowie die Krise in der Eurozone, günstige Bedingungen für populistische Parteien – sowohl am rechten als auch am linken Rand des politischen Spektrums – geschaffen haben. Mudde sagt jedoch auch, dass die jüngsten Ereignisse diese Bewegungen nicht hervorgebracht haben und dass die Unterstützung für Rechtspopulisten entgegen der landläufigen Meinung nicht notwendigerweise auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen und z.B. nicht zwingend unter den wirtschaftlichen „Verlierern“ der Globalisierung oder denjenigen, denen es infolge der Großen Rezession im Anschluss an die Finanzkrise von 2008 heute schlechter geht, zu finden ist. Um dieses Phänomen zu verstehen, müssen wir einen Blick zurück auf die ersten Jahrzehnte der Nachkriegszeit werfen, als sich die politischen Parteien in Schlüsselfra-

19 Vgl. European Parliament, Results of the 2014 European Elections, Results by Country, United Kingdom, unter: <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/country-results-uk-2014.html>.

20 Vgl. Farage: UKIP has „momentum“ and is targeting more victories, BBC News, 26. Mai 2014, unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-27567744>.

21 Vgl. Neil Ewen, The age of Nigel: Farage, the media, and Brexit, in: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), S. 86-87.

22 Vgl. Election 2015, Results, BBC News, unter: <http://www.bbc.com/news/election/2015/results>.

23 Cas Mudde, Europe's Populist Surge: A Long Time in the Making, in: Foreign Affairs 6/2016, unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/europe/2016-10-17/europe-s-populist-surge>.

gen, wie verstärkte politische Integration in Europa, Erhaltung des Sozialstaates, neoliberale Wirtschaftspolitik und Förderung der Vielfalt innerhalb der Gesellschaften, stark aneinander annähernten. Die Epoche war auch geprägt von Deindustrialisierung und dem Verfall religiöser Werte. Sowohl Mitte-links- als auch Mitte-rechts-Parteien wandten sich von ihren althergebrachten Ideologien ab und näherten sich in einer Reihe von Politikfeldern einander an, was „einen fruchtbaren Nährboden für den Populismus schuf“.²⁴ Die Wähler aus der Arbeiterklasse und die eher konservativen Wähler, die zu meist die Mitte-links- bzw. Mitte-rechts-Parteien gewählt hatten, stellten fest, dass sich die Parteien zu sehr ähnelten und die Weltanschauung, mit der sie sich einst identifiziert hatten, aufgegeben hatten. Zudem führte die Vertiefung der Integration innerhalb der EU dazu, dass den nationalen Regierungen einige Machtbefugnisse entzogen und in die Hände nichtgewählter Kommissare gelegt wurden, was manch einer als große Bedrohung für die staatliche Souveränität ansah. Auch das Internet trug zur Zunahme der Unterstützung für Rechtspopulisten bei, da „alternative Nachrichten“ auf Knopfdruck abrufbar sind und in „Echokammern“ Einzelner in den sozialen Medien geteilt werden können. Populistische Narrative können über dieses Medium weit verbreitet werden, wobei die „Gatekeeper-Funktion“ der traditionellen Medien, die dazu dient, oftmals vereinfachten oder falschen Behauptungen zu widersprechen oder sie zu korrigieren, entfällt.²⁵ Jedoch ist auch den traditionellen rechten Medien in Großbritannien anzulasten, dass sie Wahrheiten frei erfinden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Thema EU. Die speziell diesem Thema gewidmete Website *Euromyths* bezeugt dies.²⁶

Ronald Inglehart und Pippa Norris haben zwei Theorien zum Aufstieg des Populismus überprüft. Ihre Ergebnisse decken sich weitgehend mit Muddes These, dass die Unterstützung für den Populismus nicht notwendigerweise wirtschaftlicher Unsicherheit entspringen muss, sondern vielmehr eine Reaktion auf kulturelle Veränderungen darstellt. Populistische Bewegungen sind, anders ausgedrückt, besonders attraktiv für diejenigen, die das Gefühl haben, dass ihre traditionellen Werte und Gebräuche von kosmopolitischen Ideen und zunehmender Vielfalt bedroht sind.²⁷ Inglehart und Norris argumentieren, dass dies weitgehend auf die verstärkte Betonung von Themen wie Klimawandel, Geschlechter- und Rassengleichheit sowie Gleichberechtigung der LGBT-Community zurückzuführen sei. Dies wiederum habe eine „kulturelle Gegenreaktion“ vor allem (aber nicht ausschließlich) bei älteren, weniger gebildeten, weißen Männern hervorgerufen, „die einst die Mehrheitskultur in den westlichen Gesellschaften dominierten [und] nun das Gefühl haben, in

24 Ebenda.

25 Vgl. ebenda.

26 Vgl. European Commission, *Euromyths*, unter: <http://blogs.ec.europa.eu/ECintheUK/euromyths-a-z-index>.

27 Vgl. Ronald F. Inglehart/Pippa Norris, Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-nots and cultural backlash, Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper Series, August 2016, unter: <https://ces.fas.harvard.edu/uploads/files/events/Inglehart-and-Norris-Populism.pdf>.

ihrem eigenen Land marginalisiert zu werden“.²⁸ Rechtspopulistische Politiker artikulieren eine entschiedene Ablehnung neuer kosmopolitischer Werte und appellieren an die Sehnsucht nach den homogeneren Gesellschaften vergangener Zeiten. Das alles zusammengenommen macht deutlich, dass die politischen Verschiebungen in der Nachkriegszeit zu einem Klima beigetragen haben, in dem Rechtspopulisten eine Plattform für sich etablieren konnten. Jüngste Ereignisse wie die Große Rezession und die sogenannte Flüchtlingskrise waren für den Aufstieg dieser Parteien geradezu ein „Turbolader“ und haben deren Unterstützung enorm gesteigert. Dies macht es Rechtspopulisten leichter, ihre Agenda in den Mainstream einzubringen und die öffentlichen Debatten stark zu beeinflussen.²⁹ Mudde stellt des Weiteren fest, dass Politiker der etablierten Parteien „lediglich reagieren und manchmal sogar Elemente der populistischen Rhetorik übernehmen, indem sie ihre Reden mit Verweisen auf ‚das Volk‘ und einer Verdammung ‚der Eliten‘ würzen“.³⁰

In Großbritannien ist es der UKIP nicht nur gelungen, ein EU-Referendum auf die Agenda zu setzen, sondern auch, Einwanderung zu einem Hauptthema in den Parlamentswahlen von 2015 zu machen. Diese Debatten sind an sich nicht zwangsläufig problematisch; es ist vielmehr die Art und Weise, in der sie geführt wurden, die Anlass zur Besorgnis gibt. Wie im Folgenden gezeigt wird, haben die Vertreter etablierter politischer Parteien, die für „Leave“ warben, gewisse Taktiken von rechtspopulistischen Parteien übernommen und nachgeahmt. Beunruhigend ist dies deswegen, weil es die extremeren Aspekte des Rechtspopulismus wie Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus letztlich normalisiert.

Der Wahlkampf: Fakten versus „gefühlte Fakten“

Der Wahlkampf im Vorfeld des EU-Referendums wurde offiziell von zwei Gruppen geführt: „*Britain Stronger in Europe*“, die für den Verbleib Großbritanniens in der EU warb, und „*Vote Leave*“. Während die parteiübergreifende Initiative *Britain Stronger in Europe*, die offiziell von David Cameron geleitet wurde, weitgehend geeint war, musste *Vote Leave* sich zunächst gegen eine andere Kampagne, „*Grassroots Out*“ (auch bekannt unter dem Namen „*Leave.EU*“), als offizielle Kampagne der Austrittsbefürworter durchsetzen. An der Spitze von *Vote Leave* standen prominente Konservative wie Boris Johnson, Michael Gove, Chris Grayling und Iain Duncan Smith sowie die Mehrheit der *Labour*-Abgeordneten, die sich für den Austritt aus der EU aussprachen, und UKIPs einziger Parlamentsabgeordneter, Douglas Carswell. *Leave.EU* war von Arron Banks, UKIPs größtem Geldgeber, ins Leben gerufen worden und wurde von Nigel Farage unterstützt. Die Initiative *Grass-*

28 Ebenda, S. 20.

29 Vgl. Mudde, a.a.O. (Anm. 23).

30 Ebenda.

roots Out wurde im Januar 2016 gegründet und von der *Labour*-Abgeordneten Kate Hoey und dem konservativen Abgeordneten David Davis unterstützt. Nur kurze Zeit später schlossen sich *Leave.EU* und *Grassroots Out* zusammen.³¹ Als offiziellen Kampagnen wurden *Britain Stronger in Europe* und *Vote Leave* (im Folgenden als *Remain*- bzw. *Leave*-Kampagne bezeichnet) höhere Ausgabengrenzen, öffentliche Gelder von bis zu 600.000 Pfund, mehr Sendezeit für den Wahlkampf in Rundfunk und Fernsehen sowie der Zugang zu öffentlichen Versammlungsräumen und zum Wählerverzeichnis gewährt. *Grassroots Out/Leave.EU* führten ihre eigene Kampagne unter der Leitung von Nigel Farage durch, der versuchte, die Gruppe von der „Westminster-Blase“ der offiziellen *Leave*-Kampagne abzugrenzen.³²

Der Wahlkampf im Vorfeld des EU-Referendums bot die Gelegenheit, offen und konstruktiv über die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft zu diskutieren und auf die berechtigten Anliegen der Bürger einzugehen. Diese Gelegenheit wurde jedoch nicht genutzt, der Wahlkampf war vielmehr von Emotionen, moralischer Panik³³ und Irreführung geprägt. 2016 erklärten die *Oxford Dictionaries* den Begriff „*post-truth*“ („postfaktisch“) zum Wort des Jahres.³⁴ Das Adjektiv „*post-truth*“ wurde von dem Wörterbuch als ein Begriff definiert, „der sich auf Umstände bezieht oder Umstände bezeichnet, in denen objektive Fakten die öffentliche Meinung weniger beeinflussen als Appelle an Emotionen und persönliche Überzeugungen“.³⁵ Das Wort wurde zum Spiegelbild des EU-Referendums und des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes erkoren. Postfaktische Taktiken werden auch häufig von populistischen Politikern angewendet, die davon profitieren, einfache Antworten auf komplizierte, emotionsgeladene Themen zu geben. Ein Beispiel hierfür ist der berüchtigte „Kampf-Bus“ der *Leave*-Kampagne, auf dem die Behauptung zu lesen war: „Wir schicken der EU 350 Millionen Pfund pro Woche – lasst uns damit lieber unseren Nationalen Gesundheitsdienst finanzieren. Stimmt für den Austritt. Lasst uns die Kontrolle zurückholen.“ Die Behauptung stimmte in beiden Punkten nicht. Iain Duncan Smith ruderte nur wenige Tage nach dem Referendum von dem Versprechen wieder zurück. Er behauptete, dass er ein solches Versprechen nie gegeben habe und dass ein Großteil des Geldes für den Nationalen Gesundheitsdienst ausgegeben werden *könnte*, je nachdem, was die Regierung beschließt³⁶ – ganz abgesehen da-

31 Vgl. The battle to be the official EU referendum Leave campaign, BBC News, 14. März 2016, unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-34484687>.

32 Vgl. ebenda.

33 „Moralische Panik“ bezeichnet laut Oxford Dictionary eine „allgemeine Angst oder Beunruhigung angesichts eines Problems, das als Bedrohung für die moralischen Standards der Gesellschaft angesehen wird“.

34 Vgl. Alison Flood, „Post-truth“ named word of the year by Oxford Dictionaries, in: The Guardian, 15. November 2016, unter: <https://www.theguardian.com/books/2016/nov/15/post-truth-named-word-of-the-year-by-oxford-dictionaries>.

35 Zitiert nach: ebenda.

36 Vgl. Graeme Demianyk, Iain Duncan Smith Says £350m „Brexit“ NHS Pledge Was „Never“ A Commitment, in: *Huffington Post*, 26. Juni 2016, unter: <http://www>.

von, dass die Nettobeiträge an die EU wesentlich geringer sind.³⁷ Die *Remain*-Kampagne versuchte dies zu entlarven. Mehrere Webseiten, die sich mit der Prüfung von Fakten befassen, darunter die Webseite *Full Fact*, bestätigten ebenfalls, dass die Zahl von 350 Millionen Pfund falsch war. Es war jedoch zu spät: Die Botschaft war draußen. Sie prangte an einem Bus, der durch das Land tourte, und sprach viele Menschen an, die sich ernsthafte Sorgen machten, dass die EU-Mitgliedschaft eine Belastung für die nationalen öffentlichen Dienste darstellte. Susan Banducci und Dan Stevens weisen darauf hin, dass Individuen Informationen und Fakten, die im Widerspruch zu ihren eigenen Überzeugungen – oder vielmehr zu dem, was sie glauben wollen – stehen, auf psychologischer Ebene selektiv ausblenden können. Im Zusammenhang mit dem „Kampf-Bus“ stellen sie z.B. fest, dass diejenigen, die wirklich wollten, dass das Geld für den Nationalen Gesundheitsdienst statt für die EU ausgegeben wird, beschlossen, sich nicht mit den Fakten auseinanderzusetzen.³⁸ Arron Banks von *Grassroots Out* prahlte sogar damit, dass man „mit Fakten nicht gewinnen“ könne³⁹ – eine Einstellung, die von Michael Gove aufgegriffen wurde, der behauptete, dass „die Menschen in diesem Land genug von Experten haben“.⁴⁰ Eine solche Rhetorik macht sich ein Gefühl zunutze, das für den Rechtspopulismus von grundlegender Bedeutung ist: Misstrauen gegenüber der „Elite“ und Geringschätzung von Experten, die „den normalen, anständigen Leuten“ sagen, wie sie ihr Leben zu leben haben. Eine solche Verachtung für die Meinung von Experten seitens eines angesehenen Parlamentsabgeordneten wie Michael Gove zeigt, wie populistische Vorstellungen von Mitte-rechts-Politikern übernommen und propagiert werden.

In einer von YouGov am Tag des Referendums durchgeführten Umfrage sollten die Befragten angeben, welches von insgesamt zehn vorgegebenen Themen für ihre Wahlentscheidung das wichtigste war. Bezeichnenderweise nannten 45 bzw. 26 Prozent der *Leave*-Befürworter Souveränität und Einwanderung als wichtigste Gründe. Für die *Remain*-Wähler spielte das Thema Wirtschaft eine zentrale Rolle und war für 40 Prozent dieser Wählergruppe ausschlaggebend. Gleichzeitig gaben nur fünf Prozent der *Leave*-Wähler an, dass wirtschaftliche Bedenken der wichtigste Grund für ihre Entscheidung waren. Souveränität war für 21 Prozent der *Remain*-Wähler entscheidend und nur ein Prozent gab an, dass das Thema Einwanderung für ihre Entscheidung

huffingtonpost.co.uk/entry/iain-duncan-smith-350m-brexit-nhs-bus_uk_576f9f5ae4b0d2571149c4d1.

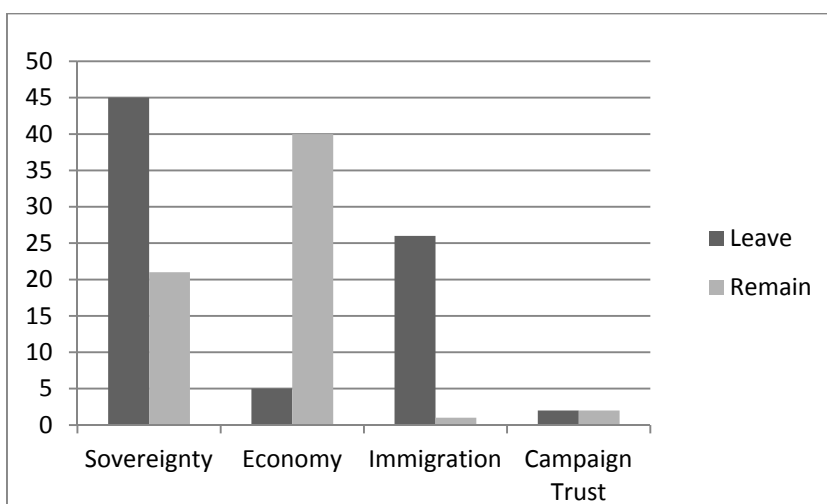
37 Vgl. Vote Leave „facts“ leaflet: membership fee, Full Fact, 23. Mai 2016, unter: <https://fullfact.org/europe/vote-leave-facts-leaflet-membership-fee>.

38 Vgl. Susan Banducci/Dan Stevens, Myth versus fact: are we living in a post-factual democracy?, in: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), S. 22.

39 Vgl. Katherine Viner, How technology disrupted the truth, in: The Guardian, 12. Juli 2016, unter: <https://www.theguardian.com/media/2016/jul/12/how-technology-disrupted-the-truth>.

40 Zitiert nach: ebenda.

wichtig gewesen sei. Darüber hinaus spielte das Vertrauen in die jeweilige Kampagne nur für zwei Prozent beider Seiten eine entscheidende Rolle.⁴¹



Diese Ergebnisse sind interessant, angesichts der Schwerpunkte beider Kampagnen jedoch nicht überraschend. Die *Remain*-Kampagne konzentrierte einen Großteil ihrer Energie auf die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen eines Austritts aus der EU, während die zentralen Themen der *Leave*-Kampagne Einwanderung und Souveränität waren. Wie Sofia Vasilopoulou anmerkt, beherrschte der Themenbereich Einwanderung sowohl die offizielle *Leave*- als auch die *Grassroots-Out*-Kampagne. Beiden gelang es, die Einwanderungsfrage mit einer Reihe von Themen wie Sicherheit, Wirtschaft, öffentliche Dienste und gesellschaftliche Veränderungen zu verknüpfen. So konnte das *Leave*-Lager „die Debatte erfolgreich auf die Einwanderungsfrage lenken und Souveränität als die beste Antwort auf all diese Sorgen darstellen“.⁴² Die *Remain*-Kampagne behandelte das Thema Wirtschaft hingegen „eindimensional“ und vermied das Thema Einwanderung komplett.⁴³ „Holt euch die Kontrolle zurück“ erwies sich in dieser Situation als ein wirksamer Slogan, da er die beiden Schlüsselfragen der *Leave*-Wähler aufgriff: die Kontrolle der Grenzen und die Beendigung der unkontrollierten Einwanderung einerseits sowie die Kontrolle über wichtige Entscheidungen, ohne sich um die Einmischung der berichtigten nichtgewählten Bürokraten in Brüssel scheren zu müssen, andererseits. Der Erfolg der *Leave*-Kampagne ist darauf zurück-

41 Vgl. YouGov Survey Results, unter: https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/640yx5m0rx/On_the_Day_FINAL_poll_forwebsite.pdf.

42 Sofia Vasilopoulou, Campaign frames in the voters' minds, in: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), S. 114-115, hier: S. 114.

43 Vgl. ebenda.

zuführen, dass sie emotional aufgeladen war. Die *Remain*-Kampagne konnte mit keinen vergleichbaren emotionalen Appellen aufwarten. Statt die Vorzüge der EU und die Vorteile der Freizügigkeit und der Einwanderung in den Vordergrund zu stellen, argumentierte sie ziemlich einfallslos, dass die EU zwar nicht perfekt sei, ein Austritt allerdings katastrophal für die Wirtschaft wäre.

Die Normalisierung des Hasses

Die Konzentration auf die Einwanderungsfrage und die mit diesem Thema verbundene Besorgnis der britischen Wähler sind kein neues Phänomen. Wie bereits erwähnt, hat die UKIP das Thema erfolgreich „besetzt“, wodurch die Rhetorik in gefährliche Nähe zu nationalistischen und fremdenfeindlichen Positionen geriet. Einige Jahre vor dem EU-Referendum war der Diskurs über Migranten aus der EU besonders problematisch. Die Ankündigung, dass die Beschränkungen der Freizügigkeit und der Arbeitnehmerrechte in der EU für Bürger Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2014 aufgehoben werden, führte zu öffentlichem Aufruhr.⁴⁴ Rechte Politiker und die Presse warnten davor, dass ein Ansturm verzweifelter Rumänen und Bulgaren bevorstünde, die in wohlhabendere EU-Länder kommen, den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen und die öffentlichen Dienste belasten würden. Die Kommentatoren äußerten zudem ihre Befürchtung, dass es zu einem Anstieg der Kriminalität und der Zahl der „Sozialschmarotzer“⁴⁵ kommen werde. Vor allem Nigel Farage bekundete sein Unbehagen angesichts der Vorstellung, eine Gruppe Rumänen könnte neben ihm einziehen, und rechtfertigte seine Äußerung mit der Behauptung, postkommunistische Länder wie Rumänien seien höchst anfällig für organisierte Kriminalität. Farage warf außerdem der „politisch korrekten Elite“ vor, sie weigere sich, Fragen anzusprechen, die der Bevölkerung große Sorgen bereiteten.⁴⁶

Auch der Beitrag der rechtsgerichteten britischen Presse zur gesellschaftlichen Spaltung in der Frage der Einwanderung sollte nicht unerwähnt bleiben. Zeitungen wie *The Sun*, *Daily Mail* und *Daily Express* schüren seit Jahren negative Einstellungen gegenüber Migranten, Flüchtlingen und der EU. So stellten z.B. Analysten in einer Studie über die Berichterstattung über die

44 Vgl. Aufhebung der Beschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien – Erklärung von László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, European Commission, Press Release Database, Brüssel, 1. Januar 2014, unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-1_de.htm.

45 Vgl. Kimiko De Freytas-Tamura, Britain's New Immigrants, From Romania and Bulgaria, Face Hostilities, in: *The New York Times*, 31. Mai 2014, unter: http://www.nytimes.com/2014/06/01/world/europe/britains-new-immigrants-from-romania-and-bulgaria-face-hostilities.html?_r=0.

46 Vgl. UKIP, UKIP leader stands by his assertion that people have a right to be concerned if a group of Romanians move in next door, unter: http://www.ukip.org/ukip_leader_stands_by_his_assertion_that_people_have_a_right_to_be_concerned_if_a_group_of_romanians_move_in_next_door.

Flüchtlingskrise in fünf verschiedenen europäischen Ländern fest, dass die britische Presse im Vergleich zu ihren Nachbarn am aggressivsten über die Situation berichtete. Vor allem die rechte britische Presse war frei von humanitären Regungen und nahm eine entschiedene Antiflüchtlingshaltung ein, die die Bedrohung britischer Werte und des Sozialstaats durch Flüchtlinge hervorhob.⁴⁷ Zu ihrer Einstellung gegenüber der EU stellt Oliver Daddow treffend fest, dass „die Öffentlichkeit von großen Teilen der Presse mit einer europafeindlichen Berichterstattung gefüttert wurde, die sich auf eine undemokratische ‚Brüsseler‘ Maschinerie konzentrierte, die Großbritanniens Regierungsinstitutionen, die Freiheit Großbritanniens und seinen Lebensstil untergrabe“.⁴⁸ Der „konsequente Diskurs“ über die Rückerlangung der Kontrolle über die Gesetzgebung und die Grenzen wurde damit in der rechten Mainstream-Presse fest verankert und hat – Paul Rowinski zufolge – das Endergebnis des EU-Referendums beeinflusst.⁴⁹

Einer ähnlichen Rhetorik bediente sich die offizielle *Leave*-Kampagne im Zusammenhang mit dem (unwahrscheinlichen) EU-Beitritt der Türkei. Sie brachte ein Poster heraus, auf dem ein britischer Pass als offene Tür dargestellt wurde, durch die Fußabdrücke führen. Daneben standen die Worte: „Die Türkei (Bevölkerung: 76 Millionen) tritt der EU bei. Wählt *Leave*, holt euch die Kontrolle zurück“.⁵⁰ Das Thema Türkei war in mehrfacher Hinsicht problematisch, da die Behauptung nicht nur völlig irreführend war, sondern auch rassistische nationalistische Untertöne aufwies. Um der EU beizutreten, müsste die Türkei erstens in 35 Politikbereichen Anforderungen gemäß den Kopenhagener Kriterien erfüllen.⁵¹ Bisher hat die Türkei erst in einem dieser Bereiche EU-Vorschriften erlassen, nämlich in „Wissenschaft und Forschung“. Zweitens muss der Beschluss, ein Land in die Union aufzunehmen, von allen 28 Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Das Vereinigte Königreich hätte daher in dieser Angelegenheit nicht nur ein uneingeschränktes Mitspracherecht, sondern es wäre angesichts der ungelösten Spannungen zwischen Zypern und der Türkei auch höchst unwahrscheinlich, dass alle Mitgliedstaaten in näherer Zukunft einem Beitritt der Türkei zustimmen würden.⁵² Und selbst wenn die Türkei der EU in den nächsten Jahren beitreten sollte,

47 Vgl. Mike Berry/Inaki Garcia-Blanco/Kerry Moore, *Press Coverage of the Refugee and Migrant Crisis in the EU: A Content Analysis of Five European Countries*, UNHCR, Dezember 2015, S. 252-254, unter: <http://www.unhcr.org/56bb369c9.html>.

48 Oliver Daddow, *UK newspapers and the EU Referendum: Brexit or Bremain?* In: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), S. 50.

49 Vgl. Paul Rowinski, *Mind the gap: the language of prejudice and the press omissions that led a people to the precipice*, in: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), S. 52.

50 Zitiert nach: Daniel Boffey/Toby Helm, *Vote Leave embroiled in race row over Turkey security threat claims*, in: *The Guardian*, 22. Mai 2016, unter: <https://www.theguardian.com/politics/2016/may/21/vote-leave-prejudice-turkey-eu-security-threat>.

51 Vgl. European Commission, *European Neighbourhood Policy And Enlargement Negotiations, Conditions for membership*, unter: http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_en.htm.

52 Vgl. *Is Turkey likely to join the EU?*, Full Fact, 26. Mai 2016, unter: <https://fullfact.org/europe/turkey-likely-join-eu>.

nachdem sie sämtliche einschlägigen Voraussetzungen erfüllt hat, ist die implizite Botschaft der *Leave*-Kampagne zutiefst beunruhigend. Mit anderen Worten: Das Poster hätte genauso gut sagen können: „*Achtung! Nicht-weiße Individuen aus einem mehrheitlich muslimischen Land werden in noch nie dagewesener Zahl ins Vereinigte Königreich kommen.*“ Zusätzlich zu dem Poster argumentierte die *Leave*-Kampagne, dass türkische Staatsbürger nicht nur den Sozialstaat weiter belasten würden, sondern dass die Briten auch weniger sicher wären, da die Kriminalität in der Türkei so hoch und es durch eine EU-Mitgliedschaft für türkische Kriminelle ein Leichtes sei, nach Großbritannien einzureisen.⁵³ Der ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Gleichberechtigung und Menschenrechte (*Equality and Human Rights Commission*, EHRC), Trevor Phillips, verurteilte die Behauptungen der *Leave*-Kampagne mit dem Vorwurf, sie schürten das Feuer der Vorurteile.⁵⁴ Ähnlich wie in der Debatte über die Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren vergiftet eine solche moralische Panik den Ton der Debatte über die Freizügigkeit und dämonisiert Bürger aus nichtwestlichen europäischen Staaten. Der Tiefpunkt der Kampagne war das „*Breaking-Point*“-Poster, das Nigel Farage eine Woche vor der Abstimmung stolz der Öffentlichkeit präsentierte. Es wurde von *Grassroots Out* gutgeheißen und von wichtigen Mitgliedern der offiziellen *Leave*-Kampagne schnell verurteilt. Allein die Präsentation eines solchen Posters zeigt jedoch, wie tief die rechtsextreme Rhetorik in den Mainstream-Diskurs eingesickert ist. Auf dem Poster war eine aus nicht aus EU-Ländern stammenden und nicht-weißen Flüchtlingen bestehende Menschenschlange zu sehen, die die Grenze zwischen Slowenien und Kroatien überquert, dazu die Worte: „DIE GRENZE DER BELASTBARKEIT: Die EU hat uns alle im Stich gelassen. Wir müssen uns von der EU befreien und uns die Kontrolle über unsere Grenzen zurückholen.“ Auch dieses Poster strotzte vor Unwahrheiten. Das Vereinigte Königreich ist kein Mitglied des Schengener Abkommens. Flüchtlinge, die nach Europa kommen, könnten daher weder legal noch aufgrund des Prinzips der Freizügigkeit ins Vereinigte Königreich einreisen, da sie keine EU-Bürger sind. Dessen ungeachtet ist die unterschwellige Botschaft des Posters besorgniserregend: Junge nicht-weiße Menschen werden visuell als „fremd“ klassifiziert („*Othering*“) und als Belastung für die britische Gesellschaft dargestellt, wofür gleichzeitig die EU verantwortlich gemacht wird. James Morrison kommentiert das Poster mit den Worten, es habe den Diskurs über Rasse und Herkunft um Jahrzehnte zurückgeworfen und nutze „die Unsicherheiten und Ängste derer [aus], die es angeblich repräsentiert: die ‚normalen, anständigen Leute‘ der postindustriellen Gebiete im Nordosten und Südwesten, in Wales und an der Ostküste, die mittlerweile derart von den Kräften des globalen Marktes in die Enge getrie-

53 Vgl. Boffey/Helm, a.a.O. (Anm. 50).

54 Zitiert nach: ebenda.

ben werden, dass sie bereit sind, nach Sündenböcken Ausschau zu halten“.⁵⁵ Außerdem macht das Poster sich die Befürchtung zu Nutze, dass die Mitgliedschaft in der EU homogene weiße Gesellschaften nach wie vor bedroht. Just an dem Tag, als Nigel Farage seinen neuesten Angriff auf Einwanderer und die EU enthüllte, wurde die *Labour*-Abgeordnete Jo Cox von dem Rechtsterroristen Thomas Mair brutal ermordet. Jo Cox warb für den Verbleib Großbritanniens in der EU und hatte sich auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2015 nachdrücklich dafür eingesetzt, dass das Vereinigte Königreich mehr Flüchtlinge aufnimmt. Mair rief angeblich „Großbritannien zuerst!“ und „Großbritannien muss unabhängig bleiben!“, während er seine Bezirksabgeordnete ermordete.⁵⁶ Es wäre zwar irreführend, die Referendumskampagne direkt für den Mord an Cox verantwortlich zu machen, da Mair schon seit fast zwei Jahrzehnten Objekte aus der Nazi- und Apartheid-Zeit in seiner Wohnung sammelte, bevor er seinen Überzeugungen Taten folgen ließ.⁵⁷ Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die durch die Kampagne erzeugte feindselige Stimmung bei Mairs Entschluss, eine lokalpolitische Persönlichkeit umzubringen, die den Verbleib in der EU unterstützte, eine Rolle gespielt hat. Alex Massie merkt dazu richtig an: „Wenn man immer wieder GRENZE DER BELASTBARKEIT schreit, darf man sich nicht wundern, wenn jemand diese Grenze erreicht. Wenn man Politik so darstellt, als ginge es um Leben und Tod, als ginge es um das Überleben der Nation, dann darf man sich nicht wundern, wenn man von jemandem beim Wort genommen wird. Man hat zwar niemanden zu seinen Taten gezwungen, aber man hat auch nicht viel unternommen, um ihn aufzuhalten.“⁵⁸ Genau das ist das Problem, wenn der rechtspopulistische Diskurs Einzug in den Mainstream hält, denn dadurch werden diejenigen, die den extremeren Ausprägungen der Ideologie anhängen, möglicherweise ermutigt, ihren Überzeugungen entsprechend zu handeln.

Der *National Police Chiefs' Council* (NPCC) stellte nach dem Referendum eine Zunahme der gemeldeten Hassverbrechen in England, Wales und Nordirland um 58 Prozent im Vergleich zu 2015 fest. Der stärkste Anstieg wurde im Juli 2016 verzeichnet; im August waren die Zahl zwar wieder rückläufig, blieben aber höher als in den Jahren zuvor.⁵⁹ Kurz nach dem Referendum

55 James Morrison, Break-point for Brexit? How UKIP's image of „hate“ set race discourse reeling back decades, in: Jackson/Thorsen/Wring (Hrsg.), a.a.O. (Anm 4), S. 66-67.

56 Vgl. Ian Cobain/Matthew Taylor, Far-right terrorist Thomas Mair jailed for life for Jo Cox murder, in: *The Guardian*, 23. November 2016, unter: <https://www.theguardian.com/uk-news/2016/nov/23/thomas-mair-found-guilty-of-jo-cox-murder>.

57 Vgl. Ian Cobain/Nazia Parveen/Matthew Taylor, The slow-burning hatred that led Thomas Mair to murder Jo Cox, in: *The Guardian*, 23. November 2016, unter: <https://www.theguardian.com/uk-news/2016/nov/23/thomas-mair-slow-burning-hatred-led-to-jo-cox-murder>.

58 Alex Massie, A Day of Infamy, in: *The Spectator*, 16. Juni 2016, unter: <http://blogs.spectator.co.uk/2016/06/a-day-of-infamy>.

59 Vgl. NPCC, Tackling hate crime remains a priority, 7. September 2016, unter: <http://news.npcc.police.uk/releases/tackling-hate-crime-remains-a-priority>; Hannah Corcoran/Kevin Smith, Hate Crime, England and Wales, 2015/16, in: Home Office, Statistical Bulletin

wurde die Initiative „*Post Ref Racism*“ (Rassismus nach dem Referendum) ins Leben gerufen, die sich dem Austausch von Erfahrungen mit und der Dokumentation von Vorfällen von Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit widmet. Die Initiative hat einen Bericht veröffentlicht, in dem sie die Zunahme an Hassverbrechen nach der Referendumskampagne als „Ausdrucksform der ‚Insider‘-gegen-‚Outsider‘-Rhetorik, die sich in der Mainstream-Politik und in den Mainstream-Medien immer weiter ausgebreitet hat“, bezeichnete.⁶⁰ Die Verfasser des Berichts haben die Daten, die der Plattform *Post Ref Racism* übermittelt wurden, analysiert und stellten fest, dass Beleidigungen und Übergriffe sich nicht auf Europäer beschränkten, sondern jeden betreffen konnten, der als „Ausländer“ wahrgenommen wurde. Fast ein Drittel der Vorfälle richtete sich gegen Schwarze, Asiaten und Angehörige ethnischer Minderheiten (*Black, Asian, and minority ethnic/BAME*). 21 Prozent der Vorfälle waren gegen Europäer gerichtet, davon wiederum 40 Prozent speziell gegen Polen. Die gemeldeten Übergriffe fanden fast ausschließlich *offline* statt, bei den meisten handelte es sich um verbale Beleidigungen (76 Prozent).⁶¹ Bei 51 Prozent der Vorfälle wurde explizit auf das Referendum Bezug genommen. In diese Kategorie fielen Aussprüche wie „Geh nach Hause“, „Verschwinde“, „Wir haben euch rausgewählt“ und „Wir sind raus aus der EU, jetzt können wir Leute wie euch loswerden“.⁶² Die Tatsache, dass Hassverbrechen offensichtlich zugenommen haben und dass bei diesen Übergriffen explizit auf das Referendum Bezug genommen wurde, zeigt, dass die Art der Kampagne Menschen mit rassistischen Ansichten einen Freibrief ausgestellt hat, andere in der Öffentlichkeit offen anzugreifen. Wichtig ist zu betonen, dass die Mehrheit der Menschen, die für *Leave* gestimmt haben, keine Fanatiker sind und legitime Gründe für ihre Entscheidung hatten. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die *Leave*-Rhetorik gewisse Leute dazu ermutigt hat, ihren Frust und ihren Hass an unschuldigen Menschen auszulassen, die während der Kampagne dämonisiert wurden.

Fazit

Die Wahlkampagne zum EU-Referendum hat die Enttabuisierung des rechts-populistischen Diskurses anschaulich gezeigt. Der Aufstieg populistischer Bewegungen ist weitgehend darauf zurückzuführen, dass die etablierten Parteien sich einander in der Mitte angenähert haben und ideologisch ununterscheidbar geworden sind. Zwar ist es durchaus förderlich, alternative Ansich-

11/16, 13. Oktober 2016, unter: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/559319/hate-crime-1516-hosb1116.pdf.

60 Priska Komaromi/Karissa Singh, Post-referendum racism and xenophobia: The role of social media activism in challenging the normalisation of xeno-racist narratives, S. 1, unter: <http://www.irr.org.uk/app/uploads/2016/07/PRRX-Report-Final.pdf>.

61 Vgl. ebenda, S. 5-6.

62 Ebenda, S. 7.

ten zu diskutieren und den Status quo in Frage zu stellen, insbesondere wenn er einen großen Teil der Gesellschaft entfremdet. Problematisch wird es jedoch dann, wenn nativistische Gefühle geschürt werden und die Schuld anderen zugeschoben wird. Die rechtsextremen populistischen Parteien in ganz Europa haben mit Bedacht versucht, sich ein Image zu geben, das von einer offen neonazistischen Gesinnung weit entfernt ist. Bezeichnungen wie „populistisch“, „alternative Rechte“ („*alt-right*“) und „rechtsextrem“ versuchen die Realität zu zensieren. Die Ideale dieser Gruppen sind jedoch noch immer in rassistischen, nationalistischen und an Extremismus grenzenden Ideologien verankert, deren Ziel es ist, die Gesellschaften noch weiter zu spalten und zu polarisieren. Tragischerweise übernahmen etablierte Politiker wie Boris Johnson und Michael Gove, die offiziell für *Leave* warben, Elemente des rechtspopulistischen Diskurses, wie z.B. eine hetzerische Rhetorik, emotionsgeladene Appelle mit einem Schuss Nostalgie, die Klassifizierung von – insbesondere nicht-weißen – Einwanderern als „fremd“ sowie die Geringschätzung von Experten und „elitären“ Meinungen, und führten eine Kampagne, die mit Täuschungen und postfaktischen Behauptungen übersät war. Die etablierten Parteien sollten sehr darauf achten, einen solchen Diskurs nicht zu legitimieren und zu normalisieren, da dies die Gefahr in sich birgt, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit in bestimmten Teilen der Gesellschaft nur noch weiter anzuheizen. Sie sollten vielmehr über die Themen sprechen, die den Wählern Sorgen bereiten – aber auf eine zivilisierte Art und Weise, die auf positiven Appellen, kombiniert mit Fakten beruht, statt auf Angstmacherei und Abwertung vermeintlich „Fremder“.